

DIE LINKE. Sachsen

6. Landesparteitag

F Dringlichkeits- und Initiativanträge

F.1 Empfehlungen zur Aufstellung von KandidatInnen für Mandate und Funktionen, v.a. in der bezahlten Politik – Erweiterung und Ergänzung zum B 2 – 275 des Landesvorstandes

Beschluss des 6. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen vom 05./06. November 2011 in Bautzen

Der Landesparteitag empfiehlt den Gebietsverbänden und Zusammenschlüssen der LINKEN Sachsen sowie ihren Delegierten zur Förderung der innerparteilichen Transparenz und Demokratie sowie zur Entwicklung von breiterer politischer Professionalität:

Bei KandidatInnenaufstellung zu Kommunal-, LT-, BT- und EP-Wahlen sowie bei politischen Wahlbeamten soll darauf geachtet werden, dass die Bewerber bei ihrer Vorstellung lückenlos ihre bisherigen Mandate und die Länge ihrer Ausübung dartin.

Bei diesen KandidatInnenaufstellungen soll darauf hin gewirkt werden, dass lebenslange Parlamentskarrieren oder politische Berufskarrieren nicht gefördert werden. Eine Ausübungszeit von zwei bis drei Wahlperioden sollte die Regel sein. Wir brauchen viele, die sich in Verantwortung politische Professionalität erarbeiten können und diese mit Erfahrungen aus einem "normalen" Erwerbsleben verbinden. Das ist für die lebendige Entwicklung linker Politik und der LINKEN als Partei unerlässlich, damit sich die parlamentarische Arbeit nicht von der politischen Gesamtarbeit der LINKEN entfernt und der politische Lebensstrom zwischen Aktivität in Gesellschaft und im Parlament für DIE LINKE ein ständiger Quell der Entwicklung bleibt. Dies muss eine Lehre aus den Stagnationen der PDS bis 2002/04 und der LINKEN seit 2009/10 sein. Die Demokratie- und Teilhabekultur, die DIE LINKE vertritt, muss auch in ihren Reihen in Bezug auf ihre VertreterInnen in den Repräsentativkörperschaften des Staates entschieden intensiver umgesetzt werden.

Für die BT-Wahlen 2013 und LT-Wahlen 2014 sollten die Gebietsverbände umgehend die Kandidatensuche beginnen. Nachwuchs wird aus allen Alters- und Berufsgruppen gebraucht. Insbesondere jene Mandatsträger, die zwei oder mehr Wahlperioden dann bereits im Parlament gewirkt haben, sollen auf eine weitere Kandidatur verzichten. Sie sollen die Suche nach Nachfolgern intensiv unterstützen. Die Qualifizierung nachwachsender Mandatsträger ist auch eine wichtige Aufgabe von Mandatsinhabern. Die eigene Ablösung im Mandat als möglichst nahtlosen Übergang zu gestalten muss ihnen wichtiges Anliegen werden.

Auch bei der Aufstellung politischer Wahlbeamter sollten rechtzeitig geeignete Nachfolgekandidaten entwickelt und durch die scheidenden Verantwortungsträger unterstützt werden. Hier sollte nach jeweils zwei Wahlperioden der Wechsel vorbereitet und ermöglicht werden.

Entsprechend sollte bei innerparteilichen Funktionswahlen verfahren werden.

Bei allen Mandatsaufstellungen und innerparteilichen Funktionswahlen sollen insbesondere auch Verflechtungen durch Mehrfachmandate und / oder -funktionen transparent gemacht werden. Personalunionen bei Führungsfunktionen zwischen Mandat und Parteifunktion auf gleicher Ebene sowie in direkter Nachordnung sollten weitgehend vermieden werden.

Ergänzend sollten die Delegierten der Aufstellungsversammlungen in allen o. g. Fällen eine schriftliche Information zu diesen Fakten alle Kandidaten betreffend erhalten.

Begründung:

Es gab eine Debatte in unserer Landeszeitung mit Unterbrechungen über mehr als zwei Jahre. Es gab einen Antrag an den 4. LPT, der an den LV überwiesen wurde. Der Landesrat hatte sich dieses Jahr mehrfach mit dem Problem beschäftigt. Es war abzuwarten, wie der LV entsprechend des LPT-Auftrags die Sache zu Ende führt. Erst am 14. Oktober 2011 hat der LV mit Beschluss B-2-275 ein Ergebnis vorgelegt. Daher konnte mit einem Initiativantrag nicht eher reagiert werden.

Im Sinne dieses Beschlusses, aber auch der geführten Debatten, die über den Beschlussinhalt hinaus gingen, versucht der Antrag weitere Ergebnisse der Debatte als Empfehlung zu fixieren und macht ansatzweise Zusammenhänge deutlich.

Bisher hat jede "Parteiendemokratie" nur dazu geführt, das Volk zu entmündigen. Das lässt sich für beide deutsche Staaten nachweisen. Wesentliche Fehlentwicklung dabei war und ist (!) die Herausbildung einer Schicht "Berufspolitik", die von innerparteilichen oligarchieähnlichen Führungs- und Vormachtstrukturen geprägt ist und die über Ressourcenverfügung Meinungsdominanzen und primär vormundschaftliche Diskussions- und Entscheidungsprozesse hervorbringen. Diese (Un-) Kultur bestimmt auch den gesamten Staat. Eine echte sich verbreiternde Beteiligungskultur entstand und entsteht nicht. Immer wieder bekommen organisationsintern informelle und teils auch formelle zentralistische Tendenzen Oberhand. Diesen objektiven Sozialisationsprozessen und damit einhergehenden Arbeitsweisen und Strukturen konnte auch die PDS / LINKE bisher noch nicht ausreichende Alternativen zur Verwirklichung ihres innerparteilichen teilhabe-demokratischen Anspruchs entgegensetzen.

Eine lebendige linke Politik muss gerade auf tatsächliche sozio-demographische Repräsentanz mehr Wert legen. DIE LINKE ist die einzige Kraft, die den bestehenden Mechanismus der Rekrutierung innerhalb des politischen Systems durchbrechen kann. Für ihren Politikansatz sind Berufskarrieren in der Politik kontraproduktiv. Auch in der LINKEN wirken die Mechanismen die die Berufs- und Parteiensoziologie entlarvt hat. All diese Merkmale sind keine dauerhaft tragende Struktur für linke Politik in dieser Gesellschaft. Wie sehr DIE LINKE schon von diesen Wirkungszusammenhängen erfasst ist, kam in den verschiedenen überstürzten und unausgegorenen Debatten des Sommers 2011 und im Agieren "führender" Politiker der LINKEN zum Ausdruck. Wer als "linker" Verantwortungsträger primär außerhalb der LINKEN (Medien) über die Probleme der LINKEN redet, hat nicht die LINKE, sondern seine eigene Wichtigkeit im Sinn! Das ist ein typischer Prozess bürgerlicher Parteiensozialisierung.

Im Übrigen verweise ich auf die Artikel verschiedener AutorInnen in "SL" zur Privatisierung des Mandats, Mandatsbegrenzung, Professionalisierung der Politik u. ä. seit 2009 und meine "Thesen zur Berufspolitik".

Entscheidung des Parteitages**Angenommen: X****Abgelehnt:**Stimmen dafür: 53 dagegen: 38 Enthaltungen: 17

Bemerkungen: _____

f.d.R. bestätigt:
Antje Feiks - Landesgeschäftsführerin

Bautzen, den 06.11.2011